

Aus Schaden wird nicht jeder klug

Betreuungsgeld. Drei skandinavische Länder und das Bundesland Thüringen haben die Erfahrung gemacht, dass das Betreuungsgeld ökonomisch und bildungspolitisch kontraproduktiv ist – trotzdem hat Deutschland diese Sozialleistung vor zwei Jahren eingeführt. Sie kostet den Steuerzahler derzeit jährlich 900 Millionen Euro; Geld, das an anderer Stelle fehlt.

Seit April beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage, ob das 2013 eingeführte Betreuungsgeld verfassungsgemäß ist. Die Richter müssen vor allem klären, ob der Bund für diese Sozialleistung überhaupt zuständig ist und ob sie die Gleichstellung von Mann und Frau negativ beeinflusst.

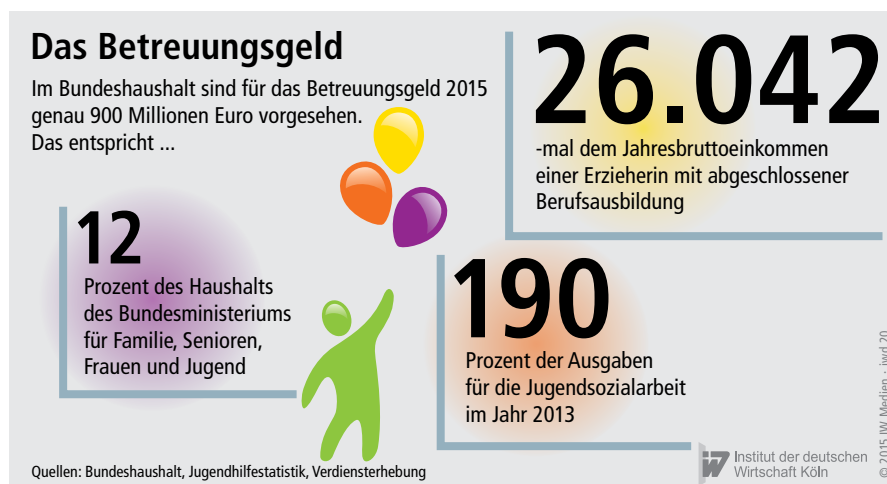
Seit August 2014 können Eltern, die für ihre kleinen Kinder keine öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen, maximal 22 Monate lang einen Betrag von 150 Euro monatlich erhalten. Im vierten Quartal 2014 wurde das Betreuungsgeld gut 386.000-mal ausgezahlt (Grafik Seite 2):

Gemessen an der Zahl der Kinder, die 2012 und 2013 geboren worden sind, haben Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils rund 40 Prozent den höchsten Anteil an Empfängern von Betreuungsgeld – in Sachsen-Anhalt sind es nur 4 Prozent.

Die Gegner des Betreuungsgelds sind vor allem der Ansicht, dass es bildungsferne Eltern davon abhält, ihre Kleinkinder in die Kita zu schicken. Gerade diese Kinder aber könnten – wie auch die Kinder von Alleinerziehenden – von einem Kita-Besuch besonders stark profitieren.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass das Betreuungsgeld insbesondere den Wiedereinstieg von Müttern in den Beruf hinauszögert. Damit wird es für diese Frauen schwerer, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, und sie müssen finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Denn gerade familienbedingte Auszeiten vergrößern die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Dass diese Kritikpunkte nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigen Studien aus Finnland, Norwegen →



Inhalt

Erbschaftssteuer. Eine Reform dieser Steuer sollte auch das Bewertungsrecht einbeziehen – die geltenden Regelungen führen zu einer massiven Überbewertung der Unternehmen.
Seite 3

Steuern. Der deutsche Staat dürfte kein Einnahmeproblem haben. Denn im internationalen Vergleich sind Steuern und Sozialabgaben in Deutschland relativ hoch.
Seite 4-5

Tarifverhandlungen. In mehreren Branchen sind Streiks derzeit an der Tagesordnung – es gab in diesem Jahr aber auch schon einige schnelle Tarifabschlüsse.
Seite 6-7

Digitalisierung. Den modernen Technologien, die die Kreditinstitute nutzen, stehen viele Bundesbürger noch skeptisch gegenüber.
Seite 8

→ und Schweden sowie dem Bundesland Thüringen, das bereits seit dem Jahr 2006 ein „Landeserziehungsgeld“ gewährt.

Die skandinavischen Länder haben die Erfahrung gemacht, dass vor allem Mütter mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau und/oder Migrationshintergrund das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen.

Für Thüringen zeigt eine Studie der Universität Heidelberg, dass die Zahl der erwerbstätigen Mütter zweijähriger Kinder nach der Einführung des Betreuungsgelds um rund 20 Prozent gesunken ist. Und es gehen weniger Kinder von geringqualifizierten Eltern, Alleinerziehenden und Familien mit niedrigem Einkommen in eine Kindertages-

stätte – die Besuchsquoten sind um jeweils gut ein Fünftel gesunken.

Für den Steuerzahler ist das Betreuungsgeld teuer. Allein im Jahr 2015 kostet es 900 Millionen Euro. Das entspricht immerhin 12 Prozent des Etats des Bundesfamilienministeriums (Grafik Seite 1). Dieses Geld ließe sich viel sinnvoller einsetzen:

Ausbau von Kitas und Kindergärten: Seit August 2013 besteht für Kinder ab zwölf Monaten ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Zwar stellen die meisten Kommunen inzwischen genügend Plätze zur Verfügung, qualitativ ist bei der Kinderbetreuung aber noch längst nicht alles zum Besten bestellt.

So orientieren sich die Betreuungszeiten nicht immer an den Be-

dürfnissen der Familien und sie reichen oft nicht aus, um eine Vollzeit-erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Zudem sollte mehr in die Qualifizierung des Kita- und Kindergartenpersonals investiert werden. Denn die Kitas und Kindergärten entwickeln sich von reinen Betreuungseinrichtungen hin zu Bildungseinrichtungen, so dass die Erzieher mit ganz neuen Aufgaben konfrontiert werden.

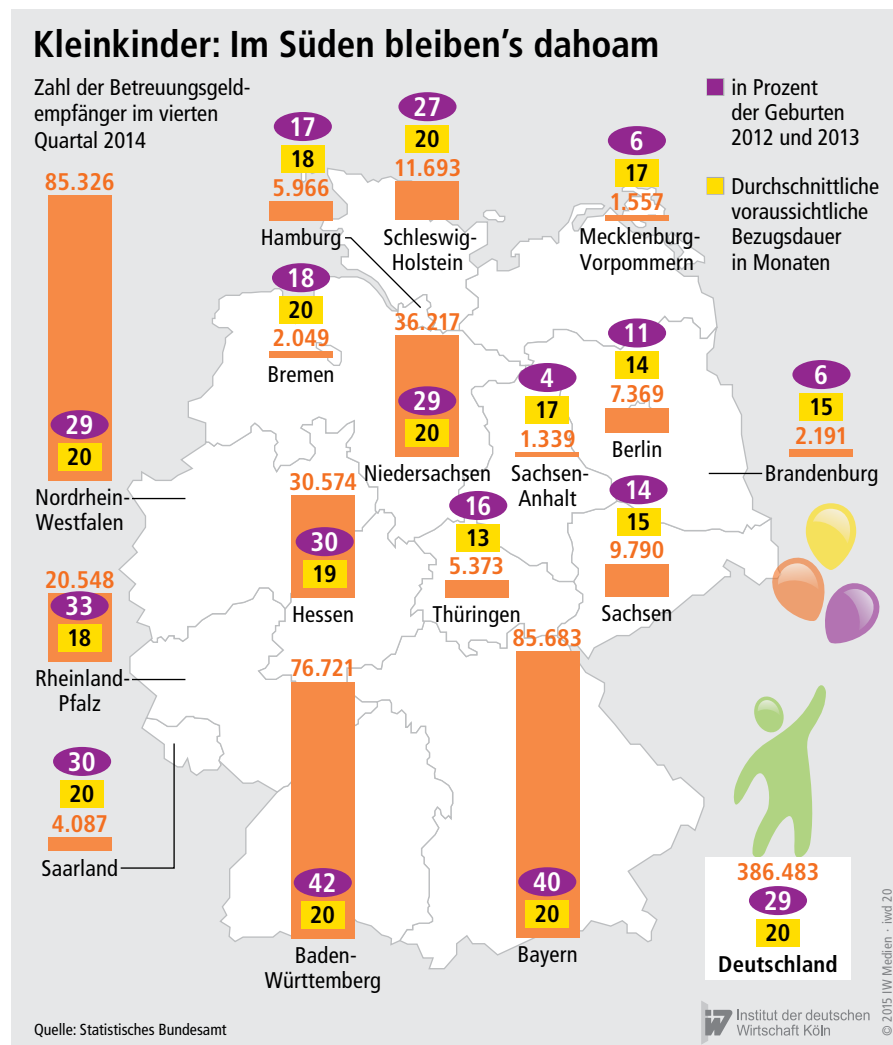
Dass sich der Ausbau der Kita-Betreuung für unter Dreijährige lohnt, hat das IW Köln in mehreren Gutachten nachgewiesen:

Für den Staat „verzinst“ sich die Investition in die Kindererziehung mit rund 8 Prozent – weil durch die steigende Erwerbstätigkeit der Mütter und Väter die Wirtschaftsleistung und damit die Steuereinnahmen wachsen, während gleichzeitig die Sozialausgaben sinken.

Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe: Hier geht es zum Beispiel darum, Familien in Konfliktsituationen zu unterstützen. Dies erhöht die Entwicklungschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen und bietet ihnen so später bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Derzeit werden für die Jugendsozialarbeit 480 Millionen Euro pro Jahr ausgegeben, also nur etwas mehr als die Hälfte dessen, was das Betreuungsgeld kostet.

Ausbau der kommunalen Infrastruktur für Familien: Das Betreuungsgeld ist ohnehin nicht der einzige Weg, Familien zu unterstützen, die sich für eine Kinderbetreuung zu Hause entscheiden. Das wäre auch über einen Ausbau der entsprechenden kommunalen Infrastruktur möglich. Dazu zählen Spielplätze, aber auch Hallenbäder und Räume für Krabbelgruppen oder Angebote wie das Eltern-Kind-Turnen.



Firmen wertvoll gerechnet

Erbschaftssteuer. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss der Gesetzgeber das Erbschaftssteuerrecht reformieren. Dabei rückt die finanzielle Bewertung von Unternehmen in den Fokus, die die Basis für die Besteuerung bildet. Das derzeitige Verfahren ist problematisch, weil es zu einer massiven Überbewertung führt.

Wer ein Sparkonto erbt, weiß genau, wie viel er bekommt. Wird ein Unternehmen vererbt, ist die Sache weitaus komplizierter. Um dessen Wert festzustellen, wird standardmäßig das vereinfachte Ertragswertverfahren angewendet. Die grundlegende Frage dahinter lautet: Wie viel Geld muss am Kapitalmarkt investiert werden, damit die Erträge genauso hoch sind wie die des zu vererbenden Unternehmens? Dieser Betrag wird dann als Unternehmenswert definiert und muss grundsätzlich versteuert werden.

Diese Vorgehensweise ist zwar im Ansatz plausibel. Das Ergebnis hängt allerdings stark von den verwendeten Ausgangsdaten ab. Eine Kennziffer ist der vom Bundesfinanzministerium jährlich veröffentlichte Basiszins, der sich aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen ableitet. Diese ist zwischen 2008 und 2015 von 4,6 auf 1,0 Prozent gesunken. Allein dadurch erhöht sich der Wert eines Unternehmens, ohne dass sich die Gewinne ändern (vgl. iwD 9/2015).

Hinzu kommt das höhere Risiko bei einer Investition in ein Familienunternehmen. Denn die Gewinne schwanken und es besteht die Gefahr einer Insolvenz. Wer in ein Familien-

Erbschaftssteuer: Die Rechnung

Wie der Wert eines Familienunternehmens bestimmt wird oder werden sollte – anhand einer Beispielrechnung

Gesetzeslage		IW-Vorschlag	
Vorsteuergewinn in Euro	7.500.000		7.500.000
Pauschaler Abzug von Ertragssteuern in Prozent	30		30
Jahresertrag in Euro	5.250.000		5.250.000
Basiszinssatz in Prozent	0,99	Tatsächlich notwendige Verzinsung von Eigenkapitalrenditen für Unternehmensinvestitionen in Prozent	8,70
Zuschlag für Marktrisiko in Prozent	4,50	Ergänzender Zuschlag für Wertminderungen bei Familienunternehmen in Prozent	3,00
Kapitalisierungszinssatz in Prozent	5,49		11,70
Unternehmenswert in Euro	95.628.415		44.871.795

Basiszinssatz: Dieser leitet sich aus der langfristigen Rendite öffentlicher Anleihen ab; Zuschlag für Marktrisiko: Betriebliche Investitionen sind keine risikolose Anlage wie der Kauf von Staatspapieren; Wertminderungen: Für Familienunternehmen gibt es oft nur einen kleinen Käuferkreis, was sich in niedrigeren Kaufpreisen niederschlagen kann, auch gibt es möglicherweise Verfügungsbeschränkungen bei Veräußerungen etc.; Unternehmenswert: Ergibt sich aus dem Kapitalisierungszinssatz, 5,49 Prozent von 95,6 Millionen Euro Unternehmenswert sind 5,25 Millionen Euro; Quelle: IW-Berechnungen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwD 20

unternehmen investiert, kann das Risiko auch nicht streuen wie bei einem Aktienfonds. Es gibt zudem nur einen sehr kleinen Käuferkreis. Und schließlich verhindern Gesellschaftsverträge oftmals, dass ein beliebiger Käufer Anteile erwerben darf oder Gewinne ausgeschüttet werden dürfen.

All dies verringert aus Sicht eines Investors den Wert von Familienunternehmen. Das versucht der Gesetzgeber durch einen pauschalen Zuschlag von 4,5 Prozent zum Basiszins auch zu berücksichtigen. Dieser Zuschlag ist aber deutlich zu niedrig, um alle oben genannten Faktoren aufzufangen.

Das IW Köln hat daher in vier Simulationsrechnungen mit realistischeren Basiszinssätzen und Risikozuschlägen ermittelt, wie sich der Unternehmenswert ändert, wenn an einem oder mehreren Parametern

gedreht wird. Demnach sind die Betriebe nach der heutigen Ermittlungsmethode im Schnitt um 50 Prozent zu hoch bewertet (Grafik).

Es ist deshalb dringend erforderlich, die Reform des Erbschaftssteuergesetzes um eine Reform des Bewertungsrechts zu ergänzen. Das IW Köln empfiehlt:

- Für den Basiszins sollte ein Durchschnittswert aus mindestens drei Jahren herangezogen werden, um Extremwerte zu vermeiden.
- Sinnvoller wäre es, der Gesetzgeber würde sich an den tatsächlich üblichen Eigenkapitalrenditen für Unternehmensinvestitionen orientieren und eine Verzinsung von 8 bis 9 Prozent in die Berechnung des Unternehmenswerts einstellen.
- Die Besonderheiten von Familienunternehmen sollten durch einen weiteren Zuschlag von 3 bis 4 Prozentpunkten berücksichtigt werden.

Steuern in Europa

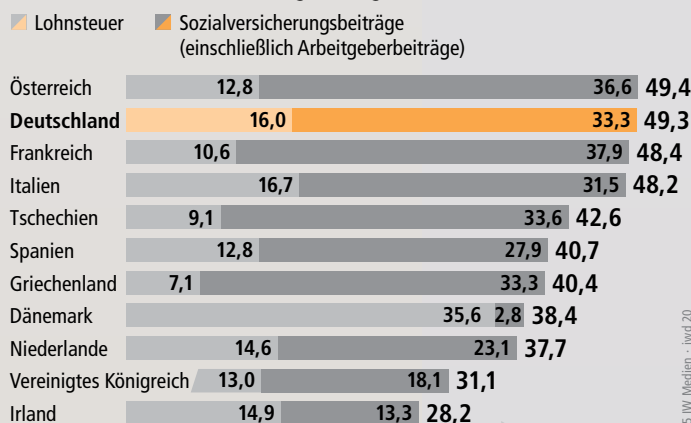
Für manche Menschen ist die Steuerbelastung zu hoch, andere wiederum meinen, der Staat brauche noch mehr Einnahmen, damit er ein gutes Leistungsangebot bereitstellen kann. Und bei alledem soll der Staat für soziale Gerechtigkeit sorgen, indem er die Leistungsfähigen stärker an der Finanzierung staat-

licher Aufgaben beteiligt und die weniger Leistungsfähigen über Transferzahlungen unterstützt. Nicht zuletzt muss die Frage erlaubt sein, ob ein Land nicht zu sehr an der Abgabenschraube dreht und am Ende mehr Geld für Soziales ausgibt als für Investitionen in die Zukunft.

Wer über den nationalen Tellerrand hinaus blickt, stellt schnell fest, dass der deutsche Staat kein Einnahmeproblem haben dürfte. Einem Durchschnittsverdiener wird die Hälfte seines erwirtschafteten Einkommens – inklusive Arbeitgeberanteil – für Lohnsteuer und Sozialversicherung abgezogen. Besserver-

Abgabenbelastung in Europa

Von je 100 Euro Arbeitskosten, die bei den Unternehmen anfallen, mussten im Jahr 2014 für einen ledigen Durchschnittsverdiener so viel Euro an Einkommenssteuer und Sozialabgaben abgeführt werden



Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - IwD 20

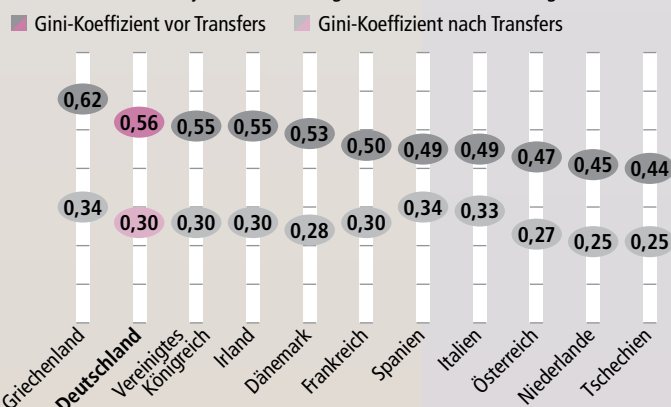
Steuersätze in Europa

	Einkommenssteuer
	in Prozent
Frankreich	54,6
Spanien	52,0
Niederlande	52,0
Dänemark	51,7
Österreich	50,0
Irland	48,0
Italien	47,6
Deutschland	47,5
Vereinigtes Königreich	45,0
Griechenland	42,0
Tschechien	22,0

Einkommenssteuer: jeweiliger Höchstsatz einschließlich aller Zuschläge; Stand: 2013; Mineralölsteuer: Stand April 2015

Einkommensverteilung in Europa

Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert zwischen 0 und 1 an. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle das gleiche Einkommen zur Verfügung haben. Ein Wert von 1 würde bedeuten, dass jemand über das gesamte Einkommen verfügt.



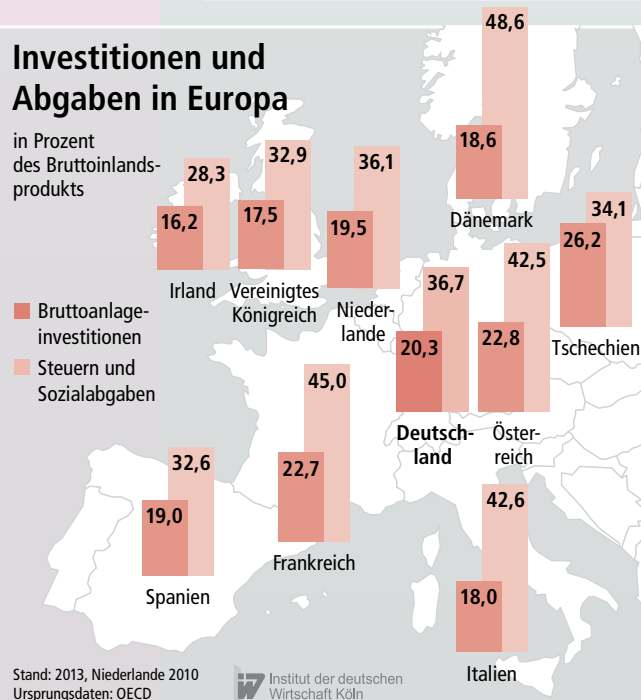
Stand: 2013; Transfers: zum Beispiel Leistungen der Sozialversicherungen oder Kindergeld; Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - IwD 20

Investitionen und Abgaben in Europa

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Stand: 2013, Niederlande 2010
Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



diener zahlen wegen der Steuerprogression noch erheblich mehr. Deutschland greift damit auch vergleichsweise stark in die Einkommensverteilung ein.

Den hohen Steuern und Sozialabgaben stehen wiederum beachtliche staatliche Transfers gegenüber. Sie sorgen letztlich dafür, dass

die Gesellschaft weniger auseinanderdriftet. Griechenland, dem immer wieder eine große Kluft zwischen Arm und Reich vorgeworfen wird, gehört in Sachen staatliche Transfers ebenfalls zu den europäischen Ländern mit einer eher egalitären Verteilung der Einkommen – sofern die griechische Statistik stimmt.

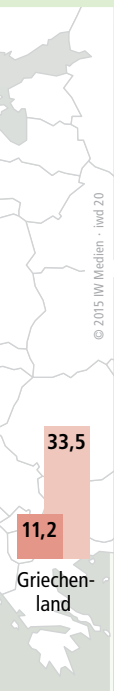
Ein Zusammenhang zwischen Abgabenquote und Investitionen lässt sich im internationalen Vergleich auf den ersten Blick nirgendwo herstellen. Allerdings ist unverkennbar, dass der deutsche Staat einen Großteil seiner Einnahmen für soziale Zwecke verwendet – und eben nicht für Investitionen.

Körperschaftsteuer (Regelsatz)	Mehrwertsteuer	Mineralölsteuer	
		Euro Super bleifrei	Diesel
in Prozent	in Prozent	Euro je 1.000 Liter	
36,10	19,6	631	481
30,00	21,0	425	331
25,00	21,0	766	482
25,00	25,0	613	419
25,00	20,0	482	397
12,50	23,0	587	478
27,50	22,0	728	617
15,83	19,0	655	470
23,75	20,0	719	719
26,00	23,0	670	330
19,00	21,0	466	398

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

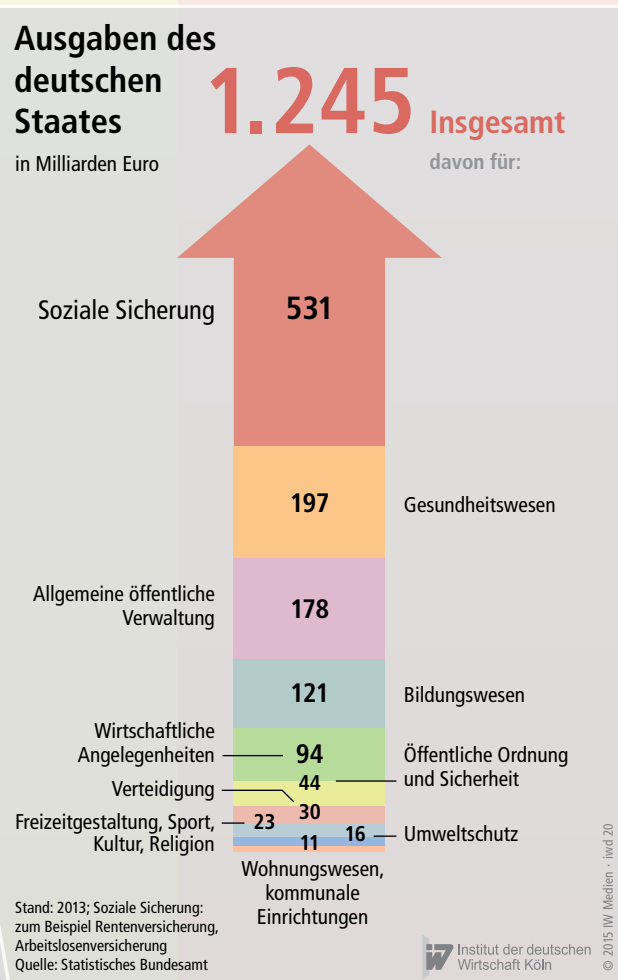
© 2015 IW Medien - Iwd 20



2015: Amtliche Steuerschätzung vom November 2014; Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 20



Stand: 2013; Soziale Sicherung: zum Beispiel Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 20

Foto: Coloures-pic Fotolia.com



Zähes Ringen in vielen Branchen

Tarifverhandlungen. Gestrichene Zugverbindungen, abgesagte Flüge, leere Briefkästen und verschlossene Kitas: Die Bundesbürger müssen derzeit so einiges ertragen, weil die Tarifstreitigkeiten bei der Deutschen Bahn, der Luft Hansa, der Post sowie im Sozial- und Erziehungsdienst nicht enden wollen.

In Deutschland wird in diesen Tagen so viel gestreikt, dass man schon mal den Überblick darüber verlieren kann, worum es im Einzelnen überhaupt geht:

- **Bahn.** Acht Streikrunden und noch immer kein Durchbruch: Die Deutsche Bahn verhandelt mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

formell zwar „nur“ über höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Das Hauptproblem in der aktuellen Auseinandersetzung ist jedoch ein anderes:

Die konkurrierenden Gewerkschaften GDL und EVG wollen nicht zusammen am Verhandlungstisch sitzen. Sie weigern sich auch, ihre Querelen über den jeweiligen Zuständigkeitsbereich bilateral zu klären.

Das ist eine Riesenhürde in der Tarifrunde. Denn die Bahn möchte – unabhängig von der Gewerkschaftszugehörigkeit – für alle Mitarbeiter einer Berufsgruppe identische Abschlüsse erreichen, um Neid und Unfrieden im Unternehmen zu verhindern.

Solche organisatorischen Konflikte sollen künftig durch das geplante Tarifeinheitsgesetz vermieden werden. Für den Fall, dass Gewerkschaften nicht miteinander kooperieren, hätte dann der Abschluss derjenigen Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im jeweiligen Unternehmen Vorrang.

- **Post.** Die Gewerkschaft ver.di fordert eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 2,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Dies ist eine Reaktion darauf, dass die Post die Paketzustellung in neue Regionalgesellschaften mit niedrigeren Tarifstandards ausgegliedert hat. Damit erinnert der Konflikt an die Auseinandersetzungen bei der Deutschen Telekom im Jahr 2007, als ebenfalls bestimmte Serviceleistungen ausgelagert werden sollten, zum Beispiel die von Callcentern. Ein Kompromiss kam erst zustande, nachdem laut ver.di fast eine halbe Million Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen waren.

- **Kitas.** Hier will ver.di durchsetzen, dass die Erzieherinnen und Erzieher in höhere Tarifgruppen eingestuft werden und somit in Zukunft etwa 10 Prozent mehr verdienen. Derzeit liegen ihre Einkommen laut Tarifvertrag zwischen 2.590 und 3.750 Euro brutto im Monat. Nach einer Urabstimmung hat ver.di vor

Tarifabschlüsse 2015

	Vereinbarungen zum Entgelt	Sonstiges
Metall- und Elektro-Industrie (zuständige Gewerkschaft: IG Metall)	Einmalzahlung 150 Euro für Januar bis März 2015; 3,4 Prozent ab April 2015; Laufzeit: 15 Monate	Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente; Tarifvertrag Bildung mit regional differenzierten Regelungen
Chemische Industrie (IG Bergbau, Chemie, Energie)	Nach Nullmonat 2,8 Prozent ab April/Mai/Juni 2015 (regional unterschiedlich); Laufzeit: 17 Monate	Aufstockung des Demografiefonds von 338 Euro je Beschäftigten und Jahr auf 550 Euro 2016 und auf 750 Euro 2017; Öffnungsklausel bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten
Öffentlicher Dienst der Länder (ver.di)	2,1 Prozent ab März 2015, weitere 2,3 Prozent ab März 2016 (mindestens 75 Euro); Laufzeit: 24 Monate	Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge zur betrieblichen Altersversorgung
Kommunale Krankenhäuser/Ärzte (Marburger Bund)	2,2 Prozent rückwirkend ab Dezember 2014, weitere 1,9 Prozent ab Dezember 2015; Laufzeit: 21 Monate	Höhere Entgelte für Bereitschaftsdienste
Universitätskliniken/Ärzte (Marburger Bund)	2,2 Prozent ab April 2015, weitere 2,2 Prozent ab April 2016; Laufzeit: 24 Monate	Höhere Zuschläge für Samstagarbeit

kurzem zum unbefristeten Arbeitskampf aufgerufen. Vergleichbares gab es bereits im Jahr 2009, als insgesamt 33.000 Arbeitstage in diesem Bereich ausfielen.

- **Handel.** Die ersten Verhandlungsrunden über die von ver.di geforderte Lohnerhöhung von 5,5 Prozent sind gelaufen – das Ende aber ist noch offen. Während im Groß- und Außenhandel meist ohne viel Aufsehen ein Abschluss erzielt wird, hat es im Einzelhandel seit dem Jahr 2000 schon fünf unbefristete Arbeitskämpfe gegeben.

Schaut man sich die Tarifkonflikte der vergangenen Jahre genauer an, dann fällt auf, dass sie gerade dort eskalieren, wo entweder Spartengewerkschaften – wie bei Bahn und Lufthansa – oder ver.di mitmischen. Die große Dienstleistungsgewerkschaft nutzt Streiks ganz offen, um Mitglieder anzuwerben – nach dem Motto „Organisieren am Konflikt“. Eine IW-Auswertung verdeutlicht die Folgen:

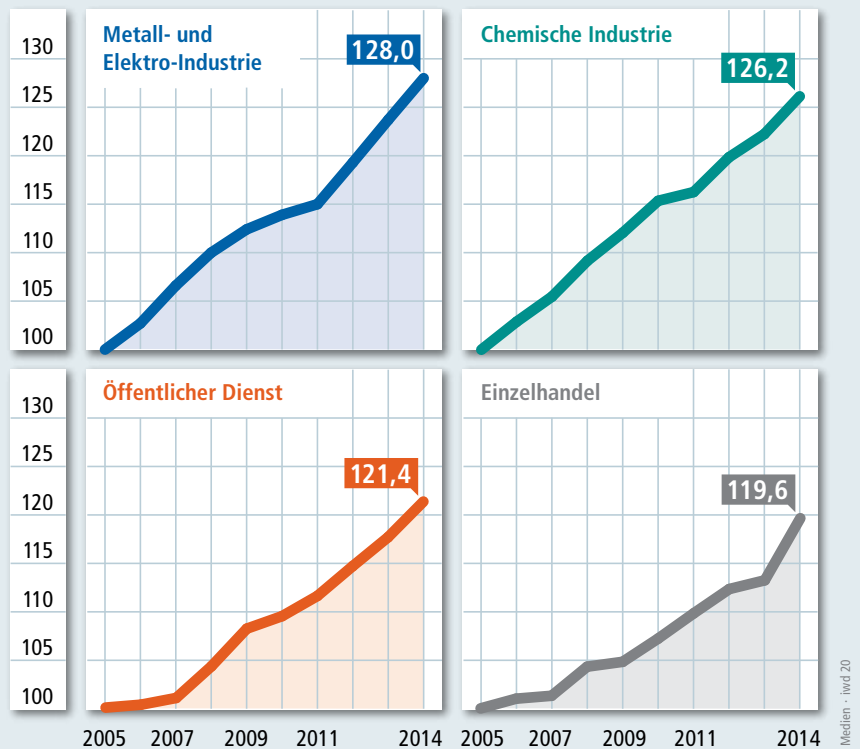
Von allen seit 2005 durch Streiks verursachten bundesweiten Ausfalltagen gehen 71 Prozent auf das Konto von ver.di – die IG Metall war dagegen nur für 17 Prozent der Ausfalltage verantwortlich.

Dass sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auch ohne monatelanges, von Streiks begleitetes Tauziehen einigen können, zeigt ein Blick auf die 2015 bereits erzielten Tarifabschlüsse (Tableau Seite 6).

Den Anfang machten Ende Februar die Sozialpartner in der Metall- und Elektro-Industrie. Neben einem Lohnplus von 3,4 Prozent bei einer Laufzeit von 15 Monaten wur-

Tariflöhne: In der Industrie am stärksten gestiegen

Tarifverdienste je Stunde einschließlich Jahressonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie vermögenswirksamer Leistungen, 2005 = 100



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 20

den regional unterschiedliche Regelungen zur Weiterbildung vereinbart. In Baden-Württemberg zum Beispiel wird der bereits bestehende Anspruch auf Teilzeit für persönliche Weiterbildung auf bis zu sieben Jahre ausgeweitet. In Nordrhein-Westfalen dagegen kann ein Betriebsrat die Weiterbildungswünsche der Belegschaft sammeln und mit dem Arbeitgeber besprechen. Ein Anspruch auf Weiterbildung besteht allerdings nicht.

In der Chemie gibt es nicht nur mehr Geld, sondern auch zusätzliche Mittel für den Demografiefonds. Dieser dient beispielsweise dazu, Langzeitkonten, eine betriebliche Altersvorsorge oder eine Altersteilzeit zu finanzieren. Die Aufstockung des Fonds – je Mitarbeiter zahlen die Betriebe künftig statt 338 Euro bis zu 750 Euro – entspricht einer zu-

sätzlichen Erhöhung der Entgelte um 0,9 Prozent. Betriebe, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, können die Fondsbeiträge allerdings bis auf 350 Euro absenken.

Verglichen mit diesen Industriebereichen fallen die Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst deutlich geringer aus. Das ist jedoch nichts Ungewöhnliches (Grafik):

Seit 2005 sind die Tariflöhne in der Metall- und Elektro-Industrie und in der Chemiebranche mit 28 beziehungsweise 26 Prozent stärker gestiegen als im öffentlichen Dienst, der auf ein Plus von 21 Prozent kam.

Die größere Lohndynamik im Verarbeitenden Gewerbe ist alles andere als willkürlich, sondern durchaus ökonomisch begründet – unter anderem durch das im Vergleich zum Dienstleistungssektor höhere Produktivitätswachstum.

Bankgeschäfte gehen online

Digitalisierung. Nicht nur Kreditinstitute nutzen heute digitale Technologien, auch branchenfremde Neulinge, sogenannte Fintechs. Sie ermöglichen Kunden beispielsweise das Bezahlen per Smartphone. Viele Bundesbürger stehen den modernen Techniken allerdings noch skeptisch gegenüber.

Früher ging man in die Filiale, um die Zinsen ins Sparsbuch nachtragen zu lassen oder Überweisungen abzugeben. Heute kann man all das bequem per Internet erledigen – und noch viel mehr: Onlinebezahlendienste wie PayPal oder Google Wallet machen es leicht, vom PC oder Smartphone aus praktisch auf der ganzen Welt einzukaufen.

Die Firmen, die hinter diesen Bezahldiensten stecken, sind allerdings keine klassischen Kreditinstitute, sondern sogenannte Fintechs – das Kürzel steht für moderne Finanztechnologien. Um ihre Dienste in Deutschland gewerblich anzubieten,

benötigen die Fintechs eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Diese Genehmigungen werden nur für den Einzelfall und die konkrete Geschäftsidee erteilt und sind mit hohen Auflagen versehen: So muss sichergestellt sein, dass der Anbieter keine Geldwäsche betreibt, seine IT sicher ist und genügend Eigenkapital vorhanden ist.

Aufgrund vergleichsweise hoher regulatorischer Hürden sind Fintechs keine direkte Konkurrenz für Banken und Sparkassen. Trotzdem tun die klassischen Kreditinstitute gut daran, in die neuen Technologien zu investieren – indem sie entweder selbst digitale Lösungen entwickeln oder strategische Allianzen mit Fintechs eingehen und so von deren Innovationen profitieren.

Tatsächlich ist die Nutzung solcher innovativen Angebote in Deutschland noch wenig verbreitet. Viele Menschen schrecken selbst vor dem Onlinebanking zurück (Grafik):

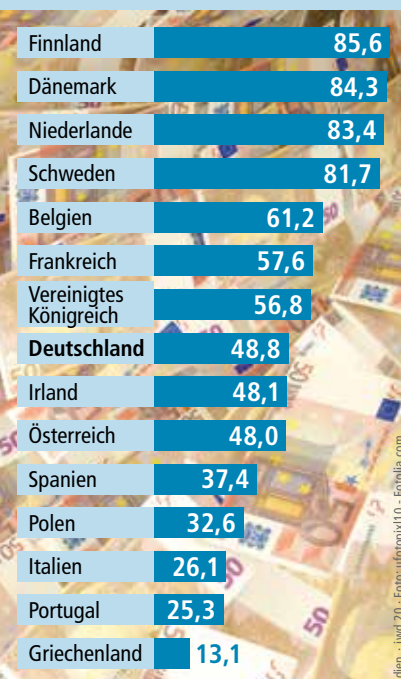
Gerade mal die Hälfte der Bundesbürger nutzt die Möglichkeit, Bankgeschäfte online zu erledigen.

In den skandinavischen Ländern betreiben mehr als 80 Prozent der Erwachsenen Onlinebanking, im EU-Durchschnitt sind es 44 Prozent.

Ein Grund für die Zurückhaltung der Verbraucher dürfte das mangelnde

Onlinebanking: Mal mehr, mal weniger Vertrauen in das Internet

So viel Prozent der Bevölkerung haben in den vergangenen drei Monaten Bankgeschäfte online erledigt



Stand: 2014; Bevölkerung: zwischen 16 und 74 Jahren; Quelle: Europäische Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 20 - Foto: utropsh10 - Fotolia.com

de Vertrauen in die Datensicherheit sein. Tatsächlich stammt die aktuelle europäische Datenschutzrichtlinie aus dem Jahr 1995 und ist somit hoffnungslos veraltet. Eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Reform dürfte frühestens 2017 in Kraft treten.

Für die Fintech-Unternehmen ist dies eine schlechte Nachricht. Denn solange Verbraucher Sorge um ihre Daten haben, werden sie um digitale Finanzdienstleistungen weiterhin einen großen Bogen machen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.